

Am 24. September 2017 findet in Deutschland die Bundestagswahl statt. Uns ist es besonders wichtig, vorab Politikerinnen und Politiker für unsere Themen zu sensibilisieren. Wie stehen die deutschen Parteien zu den

Themen des deutschen Stahlbaus? Um das herauszufinden, hat bauforumstahl e.V. allen großen Parteien die Wahlprüfsteine vorgelegt.

Dafür wurden sechs verschiedene Themenblöcke erstellt, die jeweils ein bis drei Unterfragen enthalten. Unser erster Fragenblock bezieht sich auf Optimierungsmöglichkeiten bei der Kreislaufwirtschaft und Ressourcenwende. Knapp 60% aller Abfallmaterialien können in Deutschland dem Bau- und Immobiliensektor zugeordnet werden. Deswegen müssen in diesem Gebiet Ressourcen verantwortungsvoller genutzt und hochwertiges Recycling von Baustoffen bevorzugt werden. Anschließend stehen Vereinfachungen im Bau- und Vergaberecht und das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) im Fokus. Zu komplizierte Bauverordnungen hemmen die Bauindustrie. In Zukunft ist es wichtig, dass Transparenz und Übersichtlichkeit durch Vereinfachungen im Bau- und Vergaberecht geschaffen werden. Fragen bezüglich der Forschung für den Mittelstand und die Umsetzung der Forschung in die Praxis füllen den nächsten Block. Es werden die Bereitschaft zur weiteren Unterstützung der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) und von weiterführenden Förderungsprogrammen für den besseren Transfer von Wissenschaft in die Praxis abgefragt. Abschließend wird der Fachkräftemangel an Ingenieuren und mögliche Hilfestellungen der Politik bei der Problemlösung thematisiert.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die **Antworten der Parteien**. Durch Klick auf die Links gelangen Sie zu unseren Fragen und den Antworten der Parteien. Befragt haben wir CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die FDP. CDU und CSU haben die Fragen gemeinsam beantwortet. Die Antworten der FDP werden in Kürze an dieser Stelle nachgereicht.

- [A - Kreislaufwirtschaft und Ressourcenwende](#)
- [B - Vereinfachung Bau- und Vergaberecht](#)
- [C - Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen](#)
- [D - Forschung für den Mittelstand](#)
- [E - Umsetzung von Forschung in die Praxis](#)
- [F - Fachkräftemangel](#)

A - Kreislaufwirtschaft und Ressourcenwende

Knapp 60% aller Abfallmaterialien können in Deutschland dem Bau- und Immobiliensektor zugeordnet werden. Deswegen müssen in diesem Gebiet Ressourcen verantwortungsvoller und effizienter genutzt werden.

Wiederverwendung und hochwertiges Recycling von Baustoffen muss bevorzugt werden. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sieht ab 2020 für Bau- und Abbruchabfälle eine Wiederverwendungs-, Recycling- und Verwertungsquote von 70 Gewichtsprozenten vor. Dieses Ziel wurde aus der europäischen Abfallrahmenrichtlinie übernommen und in Deutschland mit einer kontinuierlichen Verwertungsrate von fast 90 % in den vergangenen 15 Jahren bereits deutlich überschritten. Der hier verwendete Überbegriff „Verwertung“ lässt dabei allerdings sämtliche Entsorgungsarten außer der Deponierung und Verbrennung zu und stellt daher keine hohe Anforderung an eine wirkliche Kreislaufwirtschaft. Die Bau- und Immobilienbranche ist aufgrund ihres hohen Rohstoffbedarfs und des großen Abfallaufkommens ein wichtiges Handlungsfeld, um durch hochwertiges Recycling Ressourcen verantwortungsvoll und effizient zu nutzen.

A1. Halten Sie es für sinnvoll, die festgesetzte Quote differenzierter zu betrachten, und beispielsweise konkrete Zielwerte für ein hochwertiges Recycling von Baustoffen vorzusehen?

CDU/CSU haben ihre Antwort zu den Fragen A 1-3 in einem Text abgegeben



Ressourcenschonung ist eine zentrale umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung, gerade für ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland. Dieses politische Leitbild hat dazu beigetragen, dass sich die Recyclingbranche zu einem dynamischen und innovativen Wirtschaftsbereich entwickelt hat. Recyclingtechnologien „Made in Germany“ sind heute weltweit gefragt und technologisch führend. Dazu hat auch die stetige Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens in Deutschland geführt. Für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland bleibt das Schließen von Stoffkreisläufen im Zentrum der umwelt-, aber gerade auch der wirtschaftspolitischen Tagesordnung.

Der Bausektor gehört in Deutschland und weltweit zu den ressourcenintensiven Wirtschaftssektoren. Die Bauwirtschaft leistet bereits heute einen großen Beitrag zur Ressourcenschonung durch Wiederverwertung und das effiziente Recycling von Bauabfällen. Eine Recyclingquote von mehr als 90 Prozent bei den mineralischen Abfällen zeigt dies sehr deutlich. Die Bauindustrie trägt auch ihren Beitrag zum Umweltschutz bei. Auf freiwilliger Basis wird mit Umweltproduktdeklarationen die Markttransparenz auch auf Ebene der Bauprodukte verbessert, um Planern die Möglichkeit zu geben, Ressourcenaspekte bereits früh im Planungs- und Bewertungsprozess zu berücksichtigen. Wettbewerbliche Lösungen bieten die beste Gewähr für qualitativ hochwertige und für den Bürger und die Wirtschaft günstige Entsorgungslösungen. Die anspruchsvollen abfallpolitischen Vorgaben und der Wettbewerb sind die Treiber für Deutschlands weltweite Vorreiterrolle bei der Kreislaufwirtschaft und als international führender Anbieter von Entsorgungstechnologien. Dieses erfolgreiche System muss angesichts der wachsenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen ausgebaut werden.

Die Branche hat sich auch dank des dynamischen politischen Rahmens, der auf die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet ist, aber gerade angesichts einer weltweit steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und mit entsprechenden Preissignalen, insbesondere bei speziellen Mangelrohstoffen positiv entwickelt.

Die heutigen Produktionsweisen und Produktgestaltungen müssen noch stärker an der Idee des Stoffkreislaufes ausgerichtet werden. Ziel ist es, mehr Wertstoffe zu recyceln, und so Primärrohstoffe, die häufig teuer importiert werden müssen, einzusparen und für eine umweltgerechte Entsorgung der Reststoffe zu sorgen. Angesichts der Rohstoffknappheit unseres Landes können wir es uns schlichtweg nicht leisten, wertvolle Rohstoffe zu entsorgen, statt sie in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

Ein wichtiges Instrument einer Kreislaufwirtschaft ist die konsequente Anwendung und auch Ausweitung der Produktverantwortung. Nur wenn die Kosten für die Entsorgung durch den Produkthersteller getragen werden müssen und damit Teil des Produktpreises werden, besteht ein wirklicher Anreiz, Produkte abfallarm bzw. recyclingfähig herzustellen. Bei Verkaufsverpackungen, Elektro- und Elektronikgeräten, Autos und Batterien haben wir dieses Prinzip bereits umgesetzt.

SPD



Nach unserer Auffassung reichen höhere Sammel- und Recycling-Quoten allein nicht aus, um die Ressourceneffizienz weiter zu verbessern. Hierfür sind u.a. auch Vorgaben zur Herstellung ressourcenschonender Produkte, zur stofflichen Verwertung und zur Abfallvermeidung sowie die Schaffung von Anreizen für Innovationen und Investitionen in die Recyclingtechnologie notwendig. Für mineralische Abfälle bzw. den daraus zu entwickelnden Produkten gilt es, bestehende Absatzwege auszubauen und neue Absatzwege zu erschließen. Zu diesem Zweck schafft die Mantelverordnung Ersatzbaustoffe/Bodenschutz erstmals bundeseinheitliche und rechtsverbindliche Grundlagen für das Recycling mineralischer Abfälle und deren Einsatz in technischen Bauwerken. Damit soll die Akzeptanz mineralischer Ersatzbaustoffe verbessert und Potenziale zur Steigerung des Recyclings gehoben werden. Auch das Deutsche Ressourceneffizienzprogramms II sieht u.a. eine deutliche Erhöhung des Einsatzes von Gesteinskörnungen als Betonzusatzstoff sowie die Stärkung des Gipsrecyclings sowie verstärkte Anstrengungen für den Einsatz von recycelten Gesteinskörnungen im Hoch- und Tiefbau vor.

Mit der sog. Mantelverordnung und der novellierten Gewerbeabfallverordnung werden Recycling und Verwertung von Bauabfällen gestärkt. So werden mehr Bau- und Abbruchabfälle vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung und dem Recycling zugeführt. Die Getrenntsammlung basiert auf dem Gedanken, dass es aufwändig und kostenintensiv ist, wertstoffhaltige Abfälle für einen Recyclingprozess zu generieren, wenn diese in Gemischen anfallen.

Bündnis 90/Die Grünen



Ja, ein erster Schritt wurde mit der novellierten Gewerbeabfallverordnung geschaffen und kann mit der sogenannten Mantelverordnung fortgesetzt werden, wenn diese sachgerecht die Belange des Ressourcenschutzes berücksichtigt. Wir haben uns bei der Gewerbeabfallverordnung für eine deutlichere Stärkung der Vorbereitung zur Wiederverwendung und dem werkstofflichen Recycling gegenüber der energetischen Verwertung eingesetzt. Zumindest die Ausnahmen bezüglich der Sortierquote hätten wir gerne abgebaut und die Unterschreitung der Sortierquote auf bis zu 10 Prozent auf bis zu zwei Monaten des Kalenderjahres beschränkt. Auch eigenständige und deutlich ambitioniertere Recyclingquoten für die verschiedenen Abfallfraktionen haben wir gefordert. Wir hatten gefordert, dass spätestens ab 2025 dynamische und selbstlernende Recyclingquoten gelten. Dann würde sich die Höhe der zu erfüllenden Recyclingquoten für die Folgejahre automatisch an den besten Recyclingergebnissen der Vorjahre orientieren. Ohne politische Intervention würden sich dann die Quoten selbstständig an den technischen Fortschritt in der Recyclingbranche anpassen und so noch zusätzlich als ein Förderprogramm für weitere Innovationen in der Recyclingbranche wirken.

Zu all diesen konkreten Verbesserungsvorschlägen haben wir einen Entschließungsantrag in den Umweltausschuss eingebracht, um aus einer notwendigen eine gute, angemessene Gewerbeabfallverordnung zu machen.

DIE LINKE

DIE LINKE.

Ja. Der Begriff der „Verwertung“ von Abfällen ist irreführend, nicht nur bei Bauabfällen. DIE LINKE kritisiert die Ressourcenpolitik der Bundesregierung seit Jahren wegen mangelnder Visionen und Engagement bei der echten Wiederverwendung von Primär-, aber auch von Sekundärressourcen hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Eine klare Differenzierung von Verwertungsquoten gegenüber echtem Recycling wäre ein erheblicher Schritt, erst einmal Transparenz über tatsächlich nachhaltig geführte Ressourcen zu erhalten. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Recycling, beispielsweise bei der Wiederverwendung von Bauabfällen als RC-Baustoffe, wo es offensichtlich an Kenntnis über die Einsatzmöglichkeiten und deren Vorteile gegenüber Baustoffen aus Primärressourcen fehlt, sehen wir bei der öffentlichen Vergabe. Hier wäre beispielsweise eine verpflichtende Quote über die Verwendung von RC-Baustoffen sinnvoll.

FDP



Eine höhere Recyclingquote kann nur dadurch erreicht werden, dass die Menschen die Vorteile des Recyclens erkennen und eine Entsorgung zur Wiederverwertung genauso einfach ist wie das Wegwerfen der Produkte. Neue Gesetze oder Verordnungen sind nur dann sinnvoll, wenn sie das System für alle Seiten wirksam vereinfachen und verbessern. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Verordnungen zu den einzelnen Abfallströmen – dies betrifft Siedlungsabfälle genau wie die mengenmäßig wichtigen Gewerbe- und Bauabfälle – mit dem Ziel überarbeitet werden, anspruchsvollere Recyclingquoten festzusetzen.

A2. Sind Sie der Meinung, dass Bauprodukte mit nachhaltigen Entsorgungswegen, d.h. mit hochwertigem Recycling, stärker gefördert werden sollten?

SPD



Mit dem Klimaschutzplan 2050 soll u.a. auch das nachhaltige Bauen gestärkt werden. Wir wollen prüfen, ob und inwieweit künftig Anreize geschaffen werden können, um den Einsatz nachhaltiger Bau- und Dämmstoffe zu stärken. Instrumente zur stärkeren Einbeziehung des gesamten Lebenszyklus von Baumaterialien sollen überprüft werden. Wir wollen Hemmnisse für den Einsatz von langlebigen Bauprodukten abbauen. Das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm sieht ebenfalls vor, den Einsatz von Bauprodukten aus nachwachsenden Rohstoffen zu stärken. Darüber hinaus wollen wir alternative nachhaltige Baustoffe etablieren, um so auch die Entsorgungskosten zu senken. Bauverfahren sollten sich stärker an Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit der Materialien orientieren.

Bündnis 90/Die Grünen



Ja, wir wollen, dass immer mehr Primärprodukte durch Recyclingprodukte ersetzt werden.

DIE LINKE



Grundsätzlich sollte, ganz im Sinne der Produktverantwortung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, jegliches wiederverwendbare oder sehr gut recyclebare Produkt Marktvorteile gegenüber anderen Produkten besitzen. DIE LINKE. schlägt zu diesem Zweck beispielsweise die Einführung einer Ressourcenabgabe vor, die auf

den Einsatz von Primärrohstoffen in Produkten erhoben wird. Produkte aus Sekundärrohstoffen könnten so erheblich bessergestellt werden und die Nachfrage nach Recyclingprodukten ankurbeln.

FDP



Wir Freie Demokraten halten eine recyclingfreundliche Produktgestaltung für sehr wünschenswert. Je mehr und je einfacher ein Produkt recycelt werden kann, desto besser ist es. Mit marktwirtschaftlichen Anreizen wollen wir dafür sorgen, dass möglichst viele Recyclingprodukte an die Stelle von zumeist energieaufwändig hergestellten Produkten aus Primärrohstoffen treten können. Denkbar ist auch die Einführung eines freiwilligen Recyclinglabels, das die Wiederverwertbarkeit und den Einsatz von Recyclingrohstoffen in Produkten ausweist.

A3. Wir befinden uns mitten in der Energiewende, durch Energieeinsparungen und nachhaltige Energieversorgung wollen wir die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern erreichen. Der nächste Schritt ist eine Ressourcenwende – hochwertiges Recycling muss die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen und die Anhäufung von großen Abfallmengen stoppen. Setzen Sie sich für eine Ressourcenwende ein? Wann erwarten Sie das Erscheinen auf der politischen Tagesordnung?

SPD



Seit Jahren setzen wir uns konsequent für die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft und für die Verringerung des Ressourcen- und Materialverbrauchs zum Schutz von Umwelt und Klima ein. Dies ist auch angesichts endlicher natürlicher Rohstoffe, zunehmend erschwerter Abbaubedingungen, handelsverzerrender Ressourcenpolitiken sowie absehbarer Preis- und Verteilungskonflikte unabdingbar. Die Verringerung des Rohstoff- und Materialverbrauchs ist für uns eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und birgt gleichzeitig große Chancen. Für Unternehmen ist ein möglichst geringer Energieverbrauch und sparsamer Umgang mit Rohstoffen eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Die Steigerung der Ressourceneffizienz steigert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, schafft neue Arbeitsplätze und sichert nachhaltig Beschäftigung.

Die Ressourcenwende ist im Gang und im politischen Alltag angekommen. In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir die Sammlung und das Recycling u.a. für Verpackungen, Batterien, Elektroaltgeräte sowie für Gewerbe- und Bauabfälle verbessert. So verbleiben Wertstoffe länger im Wirtschaftskreislauf und unsere

natürlichen Ressourcen werden geschont. Mit dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) hat sich Deutschland als einer der ersten Staaten auf Leitideen und Handlungsansätze zum Schutz der natürlichen Ressourcen festgelegt. Mit ProgRes II wurde u.a. ein neuer wirtschaftlicher Indikator „Gesamtrohstoffproduktivität“ eingeführt, der eine methodische Verbesserung gegenüber dem bisher verwendeten Indikator „Rohstoffproduktivität“ darstellt.

Uns ist jedoch bewusst, dass nur eine globale Ressourcenwende entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling, die Erreichung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen sicherstellt. Hierfür werden wir uns weiter einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen



Der Beginn der Ressourcenwende ist de facto durch die 5-stufige Abfallhierarchie eingeleitet worden. Es ist nun Zeit, diese auch so zu benennen und politisch in allen Bereichen umzusetzen und voranzutreiben.

DIE LINKE



Die Forderung nach einer Ressourcenwende ist Teil unserer umwelt- und sozialpolitischen Agenda. Der Linken geht es bei Ressourcenschutz selbstverständlich um den nachhaltigen Umgang mit dem Planeten, aber auch um die Vermeidung von bewaffneten Konflikten und sozialer Ausbeutung in den Regionen, aus denen sogenannte Konfliktrohstoffe stammen. Die Bundesregierung gibt mit ihrem Ressourceneffizienzprogramm „ProgRes“ vor, sich der Frage der Ressourcenwende permanent zu widmen. Wir kritisieren dabei regelmäßig die Substanzlosigkeit dieses Papiers, das zu viele Absichtserklärungen enthält, zu viel auf Freiwilligkeit setzt und sich den desaströsen Auswirkungen des Primärressourcenverbrauchs sowohl ökologisch als auch sozial nicht konsequent stellt. DIE LINKE setzt sich deshalb für ein rigoroses Umdenken bei dem Umgang mit Rohstoffen aus.

FDP



Wir Freie Demokraten haben aus ökologischen wie ökonomischen Gründen den Wandel von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft von jeher unterstützt. Dabei setzen wir auf „blaues“ Wachstum, weil Ökologie und Wachstum sich nicht ausschließen müssen. Wir wollen Klima, Umwelt und Ressourcen intelligent schützen – durch innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse. Es

geht nicht nur darum, weniger wegzuerwerfen, sondern mehr wiederzuverwenden. Das eröffnet auch Schwellenländern bessere Chancen im Hinblick auf Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand.

B - Vereinfachung Bau- und Vergaberecht

Zu komplizierte Bauverordnungen hemmen die Bauindustrie. In Zukunft muss Transparenz und Übersichtlichkeit durch Vereinfachungen im Bau- und Vergaberecht geschaffen werden. Ein Ansatzpunkt liegt in der Entflechtung der föderalen Struktur der Baugesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland.

B1. Der Föderalismus hat das Baurecht fest im Griff. Was halten Sie von möglichen Standardisierungen und somit Vereinfachungen im Baurecht durch die Verlagerung von Landesbauverordnungen auf die Bundesebene?

CDU/CSU haben ihre Antwort zu den Fragen B 1-3 in einem Text abgegeben



Wir werden prüfen, inwieweit durch die Abschaffung überflüssiger Vorschriften Kostensenkungspotenziale erschlossen werden können. CDU und CSU wollen die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission an den Bund umsetzen. Dazu gehört u. a. eine stärkere Verbindlichkeit der Musterbauordnung. Darin sind auch Brandschutzregularien enthalten. Normen, Standards und gesetzliche Anforderungen im Bauwesen sollen auf den Prüfstand gestellt werden.

Die VOB sieht bereits vor, dass der Zuschlag nicht auf das kostengünstigste bzw. billigste, sondern auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt wird. CDU und CSU werden prüfen, ob weitere Kriterien wie Nachhaltigkeit, Flexibilität und Innovationspotential mit berücksichtigt werden können.

SPD



Das Bauordnungsrecht ist Landesrecht. 16 verschiedene Landesbauordnungen mit teilweise erheblichen Unterschieden können Planung und Bau verkomplizieren und verteuern. Uns ist daran gelegen, dass sich die Länder in ihren jeweiligen Landesbauordnungen möglichst eng an die von allen Ländern beschlossene Musterbauordnung (MBO) anlehnen. Dies entspricht auch einer Empfehlung der Baukostensenkungskommission. Je einheitlicher die Bauordnungen der Länder sind, desto einfacher wird es für Planer und Bauherren mit zu erwartenden Kostensenkungen. Das SPD-geführte Bundesbauministerium (BMUB) hat in diesem Sinne mehrfach, zuletzt auf der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen der Bauministerkonferenz im Juni 2017, an die Länder appelliert und sich bei der Bauministerkonferenz für eine

stärkere Harmonisierung der 16 Landesbauordnungen eingesetzt. Eine Zerteilung in den jeweiligen Landesbauordnungen ist denkbar: Ein Teil der jeweiligen Landesbauordnung sollte einheitlich in allen Ländern die MBO übernehmen, der andere Teil könnte landesspezifische Regelungen aufnehmen.

Bündnis 90/Die Grünen



Wir sprechen uns klar für eine stärkere Orientierung der Landesbauordnungen an der gültigen Musterbauordnung aus. Die vielen verschiedenen Vorschriften machen das Bauen oft unnötig teuer und kompliziert. Eine komplette Verlagerung der Landesbauordnung auf die Bundesebene bedarf einer verfassungsrechtlichen Prüfung und würde im Falle einer Zustimmungspflicht durch den Bundesrat von wenig Erfolg gekrönt sein.

DIE LINKE

DIE LINKE.

Die Landesbauordnungen müssen endlich vereinfacht und aneinander sowie an die Musterbauordnung angeglichen werden, ebenso die Bestimmungen der sozialen Wohnraumförderung. Gleichzeitig können regionalspezifische, baukulturelle Belange auf Länderebene besser berücksichtigt werden. Durch entsprechende Reformen des Bauordnungsrechts können die Länder einen Beitrag zur Bezahlbarkeit neugebauter Wohnungen leisten und den Einsatz industrieller Bauweisen im ganzen Land erleichtern.

FDP



Wir Freien Demokraten sprechen uns grundsätzlich dafür aus, die Landesbauordnungen soweit als möglich zu vereinheitlichen. Zielsetzung dabei ist eine länderübergreifende Vereinheitlichung technischer Standards (z.B. Gefahrenabwehr, Brandschutz, Abstandsflächenrecht) und eine generelle Vereinfachung des Baurechts. Praktisch könnte dies durch eine Erweiterung des Baugesetzbuchs um die Musterbauordnung erfolgen.

B2. Befürworten Sie Brandschutzregularien auf Bundesebene, die eine Vereinheitlichung sowie den Abbau von Barrieren zur Folge haben? Das Bundesrecht könnte das Landesrecht ersetzen.

SPD



Auch hier gilt: Die Anforderungen an den Brandschutz sind in einer Vielzahl von Rechtsvorschriften wie z. B. den Feuerwehrgesetzen und Bauordnungen der sechzehn Bundesländer geregelt. Maßgebliche Rechtsgrundlage ist die jeweilige Landesbauordnung. Aus gutem Grund: Denn Brandschutz ist immer standortspezifisch. Viele Bewertungen und Entscheidungen im baulichen Brandschutz können nur vor Ort in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden getroffen werden. Denkbar wäre aber, die Musterbauordnung auf Potenziale zur anwenderfreundlichen Weiterentwicklung zu überprüfen. Bund und Länder könnten hier gemeinsam agieren, soweit die Länder dies wünschen.

Bündnis 90/Die Grünen



Auch hier wäre eine verfassungsrechtliche Prüfung nötig. Der Brand des Grenfell-Towers in London hat gezeigt, wohin zu wenig Brandschutz führen kann. Daher darf eine Vereinheitlichung des Brandschutzes nie auf Kosten der Sicherheit erfolgen.

DIE LINKE



DIE LINKE setzt sich für die Sicherung und Weiterentwicklung angemessener Brandschutzstandards und für deren Einhaltung ein. Auch sollten die Landesbauordnungen aneinander sowie an die Musterbauordnung angeglichen werden, um sowohl bundeseinheitliche Standards als auch die Berücksichtigung regionalspezifischer Baukulturen zu gewährleisten.

FDP



Wir Freien Demokraten sehen dies im Grundsatz positiv. Dabei dürfen wir aber nicht außer Acht lassen, dass zusätzliche Anforderungen an die Energieeffizienz, die Barrierefreiheit, die Standsicherheit, an den Brand- und Schallschutz sowie Schnee-, Sturm- und Erdbebensicherheit das Bauen in Deutschland verteuern. Diese hinzukommenden Kosten erweisen sich als zusätzliche Investitionshemmnisse für den Wohnungsbau. Es sind also Lösungen mit Augenmaß gefragt.

B3. Ihre Meinung bezüglich der deutschen Vergabebedingungen von staatlichen Großbauprojekten ist gefragt. Bei öffentlichen Aufträgen wird in den meisten Fällen das billigste Angebot angenommen. Sollten in Zukunft vermehrt auch andere Aspekte wie Nachhaltigkeit, Flexibilität und Innovationspotential mit in die Entscheidung einbezogen werden?

SPD



Durch die neuen EU-Vergaberichtlinien wurde die Einbeziehung qualitativer, sozialer, umweltbezogener oder innovativer (nachhaltiger) Aspekte bei der Beschaffung umfassend gestärkt. Im Gesetzentwurf aus der vergangenen Legislaturperiode zu einer umfassenden Novellierung des Vergaberechts in Deutschland wird geregelt, dass derartige Aspekte in jeder Phase eines Verfahrens, von der Definition der Leistung über die Festlegung von Eignungs- und Zuschlagskriterien bis hin zur Vorgabe von Ausführungsbedingungen, einbezogen werden können.

Wir haben bei der Beschlussfassung im Deutschen Bundestag daran die Erwartung geknüpft, dass es dadurch zu Verbesserungen in der Vergabep Praxis kommen wird, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige und verantwortungsvolle Beschaffung, die Einhaltung der Grundprinzipien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) - wie etwa derjenigen zur Beseitigung der Zwangsarbeit und Bekämpfung der Kinderarbeit-, einem wirkungsvollen Umweltschutz, einem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln und einer angemessenen Berücksichtigung des technischen Fortschritts in jeder Hinsicht.

Auf unsere Anregung hin wird nach Ablauf von drei Jahren überprüft, ob es zu solchen Verbesserungen in der Praxis gekommen ist und inwiefern sich die strukturellen Änderungen des Vergaberechts insgesamt bewährt haben.

Bündnis 90/Die Grünen



Um Großbauten im Zeit- und Kostenrahmen zu halten, braucht es eine realistische Planung und ein effektives Controlling, einen verlässlichen rechtlichen Rahmen, die konsequente Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips, eine Stärkung der Schlüsselrolle der Bauverwaltung sowie Transparenz und Bürgerbeteiligung von Anfang an. Das billigste Angebot wird häufig über Nachtragsmanagement zu einer teuren Falle. Wir setzen uns bei allen staatlichen Neubauten für einen mindestens 20 prozentigen Anteil der konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendigen Bauteile aus nachwachsenden Rohstoffen ein. Darüber hinaus wollen wir auch vermehrt Recyclingprodukte verwenden.

DIE LINKE

DIE LINKE.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf sich nicht ausschließlich am billigsten Angebot orientieren. Denn Konkurrenz und Kostendruck führen allzu oft zu Lohndumping, schlechten Arbeitsbedingungen und Minderqualität. Bund, Länder und Kommunen haben als Bauherren eine Vorbildfunktion. Entscheidend dafür sind klare Regeln und politische Vorgaben, die auch baukulturelle und Nachhaltigkeitsbelange sowie die Förderung von Innovation und regionalen Wirtschaftskreisläufen gehören. Transparenz, eine frühzeitige Beteiligung aller Interessengruppen sowie die Beförderung einer Unternehmenskultur, die nicht einseitig gewinnorientiert ist, sind weitere Schlüsselfaktoren. Werden die nicht berücksichtigt, wird es immer wieder große Probleme mit öffentlichen Bauvorhaben geben.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen das Vergaberecht in ganz Deutschland einheitlich regeln. Die bestehenden vergaberechtlichen Regelungen in den Bundesländern sollen dafür abgeschafft werden. Wir wollen außerdem, dass auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte ein effektiver Rechtsschutz eingeführt wird. Ein einheitliches, unbürokratisches und faires Vergaberecht ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen entscheidend dafür, dass diese sich überhaupt an der Ausschreibung öffentlicher Aufträge beteiligen. Und für den Mittelstand ist besonders wichtig, dass auch bei kleineren Aufträgen die Vergabe gerichtlich überprüfbar ist.

Die von Ihnen genannten Kriterien Nachhaltigkeit, Flexibilität und Innovationspotential erscheinen uns durchaus sinnvoll - letztendlich bedeutet eine gelungene Vergabe stets, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt und die Anforderungen des Bauherrn erfüllt werden.

C - Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen

Mit dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) für Bundesgebäude wurde ein Instrument geschaffen, um die nachhaltige Qualität eines Gebäudes zu messen und es hinsichtlich ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte zu optimieren.

C1. Bislang muss das BNB nur bei Bauprojekten des Bundes ab einer Investitionssumme von 2 Millionen Euro verpflichtend angewendet werden. Was halten Sie von dieser Schwellengrenze?

CDU/CSU haben ihre Antwort zu den Fragen C 1-2 in einem Text abgegeben



In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie spielt der Baubereich eine zentrale Rolle. Beim nachhaltigen Bauen geht es darum, Gebäude so zu errichten, umzubauen und zu betreiben, dass sie wirtschaftlich, ökologisch, gesellschaftlich und städtebaulich gleichermaßen zukunftsfähig sind. Zur Umsetzung und Quantifizierung der Anforderungen an das nachhaltige Bauen wurde für die ganzheitliche Bewertung von Bundesgebäuden ein Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) erarbeitet, welches durch Beurteilung von Einzelaspekten, zugeordnet nach Nachhaltigkeitsqualitäten sowie Lebenszykluskosten, zu einer Gesamtbeurteilung des Gebäudes gelangt. Da dies mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, wollen CDU und CSU die Investitionssumme von 2 Millionen Euro, bei der das BNB verpflichtend angewendet werden muss, beibehalten.

SPD



Der Leitfaden Nachhaltiges Bauen wurde in Verbindung mit der verpflichtenden Umsetzung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen für solche Baumaßnahmen eingeführt, die entsprechend der Richtlinien zur Durchführung von Bauaufgaben des Bundes als „Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten“ klassifiziert werden. Definitionsgemäß betrifft dies Baumaßnahmen mit mehr als 2 Millionen Euro Investitionskosten.

Mit der Umsetzung des Bewertungssystems sind Nachweis- und Dokumentationspflichten verbunden, die bei kleineren Bauvorhaben unter Kosten-Nutzen-Aspekten nicht angemessen sind. Meist ist bei kleinen Baumaßnahmen eine Vollanwendung des BNB mit Zertifizierung nicht möglich, z.B. wenn es sich um Sanierungsmaßnahmen handelt, die nur Teilbereiche des Gebäudes oder bestimmte Bauteile und Anlagen betreffen.

Bei Baumaßnahmen unterhalb der Schwellengrenze ist per Erlass sichergestellt, dass über die Beachtung der allgemeinen Empfehlungen des Leitfadens Nachhaltiges Bauen wesentliche Nachhaltigkeitsanforderungen in die Planung einbezogen und baulich umgesetzt werden können. Zudem sollen insbesondere auf die BNB-Steckbriefe „Risiken für die lokale Umwelt“ und „Innenraumlufthygiene“ Bezug genommen werden. Es ist möglich, in Abstimmung mit den zuständigen Konformitätsprüfungsstellen weitere Anforderungen festzulegen.

Eine Absenkung der Schwellengrenze halten wir deshalb für nicht notwendig.

Bündnis 90/Die Grünen



Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Niedrigstenergiestandard für Nichtwohngebäude des Bundes als KfW 40 definiert wird. Außerdem haben wir in unserem Bundestags-Antrag zu nachhaltigen Bauen eine Selbstverpflichtung des Bundes, bei allen zukünftigen Neubauvorhaben für mindestens 20% der konstruktiv bzw. wärmeschutztechnisch notwendigen Bauteile Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen zu verwenden, gefordert. Darüber hinaus wollen wir auch vermehrt Recyclingprodukte verwenden.

DIE LINKE

DIE LINKE.

Der Bund hat als Bauherr eine besondere Verantwortung für eine sozial und ökologisch nachhaltige Baukultur. Es gehört zur Vorbildfunktion des Bundes, durch Transparenz und Beteiligung, durch eine sozial und ökologisch orientierte Vergabekultur sowie durch den Einsatz ökologischer Bauweisen bei der Umsetzung nachhaltiger Zielsetzungen im Baubereich voran zu gehen. Die verpflichtende BNB-Zertifizierung ab einer Investitionssumme von zwei Millionen Euro kann dabei nur ein erster Schritt sein.

FDP hat ihre Antwort zu den Fragen C 1-2 in einem Text abgegeben



Diese beiden Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freien Demokraten bekennen uns zum nachhaltigen Bauen. Bei konsequenter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsmaßstäbe ließen sich jährlich ca. 18 Mrd. € Heiz- und Betriebskosten im Gebäudesektor einsparen. Hierzu gilt es, die Nachhaltigkeit von Gebäuden anhand des Drei-Säulen-Modells der ökonomischen, ökologischen und soziokulturellen Nachhaltigkeit objektiv zu beurteilen und als Qualitätsmerkmal darzustellen.

Allerdings müssen die Bewertungskriterien einer objektiven Überprüfung standhalten. Die Vorgaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für eine Anerkennung von Zertifizierungssystemen sind sehr aufwendig und enthalten eine Fülle solcher nicht objektiven Bewertungskriterien.

Hohe Kosten und mangelnde Objektivität der bisherigen Zertifizierungsverfahren stehen einer Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens entgegen. Notwendig ist daher eine einheitliche und praxisgerechte Gestaltung der Bewertungssysteme, wobei insbesondere eine langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit adäquat zu berücksichtigen ist.

C2. Den Ländern steht es jedoch frei, die Anwendung auch auf Landesebene verbindlich einzuführen. Wie stehen Sie hierzu?

SPD



Mit Schleswig-Holstein hat bereits ein erstes Bundesland eine eigene Stelle, die Konformitätsprüfungsstelle, eingerichtet. Weitere wie z.B. Baden-Württemberg oder Berlin bauen derzeit eine entsprechende Organisationsstruktur auf. Auf kommunaler Ebene werden vom Steinbeis-Transfer-Institut Bau- und Immobilienwirtschaft (Dresden) aktuell mehr als 25 Baumaßnahmen mit dem Ziel der abschließenden Zertifizierung baufachlich begleitet. Insofern sind Initiativen in den Ländern und Kommunen zu begrüßen, die das Bewertungssystem für dortige Baumaßnahmen einzusetzen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung berät hier auf Anforderung.

Bündnis 90/Die Grünen



Wir würden es begrüßen, wenn sich auch die Länder zu mehr nachhaltigem und ökologischen Bauen verbindlich verpflichten würden.

DIE LINKE

DIE LINKE.

DIE LINKE würde eine verbindliche Einführung der BNB-Zertifizierung für öffentliche Bauprojekte auch auf Länderebene begrüßen.

D - Forschung für den Mittelstand

Der Mittelstand ist das Fundament der deutschen Volkswirtschaft. Die Bau- und Stahlbauindustrie in Deutschland ist besonders mittelständisch geprägt. Die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) muss weiter ausgebaut werden, damit der Mittelstand auch in Zukunft eine stabile Basis der deutschen Volkswirtschaft bleibt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten kann.

D1. Wie stehen Sie zur IGF? Wollen Sie das monetäre Volumen für die IGF verringern, auf gleicher Ebene fortführen oder vergrößern?

CDU/CSU



Die CDU hat seit ihrer Regierungsübernahme 2005 kontinuierlich auf die Stärkung von Forschung und Innovation gesetzt, die Bundesmittel von 9 auf 16 Mrd. Euro gesteigert und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert. Im Ergebnis haben wir so 2015 zum ersten Mal das Ziel von drei Prozent Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt erreicht. Wir wollen bis 2025 auf einen Anteil von 3,5 Prozent kommen und werden deshalb unsere Anstrengungen auf diesem Politikfeld noch deutlich erhöhen.

Ganz wesentlich dabei ist für uns der innovative deutsche Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft. Besonders erfreulich ist, dass seine Innovationsbeteiligung und Innovationsintensität zuletzt zugenommen hat, nachdem sie zuvor über einen längeren Zeitraum in der Breite unterdurchschnittlich war. Schließlich hat die Bundesregierung mit dem 10-Punkte-Programm „Vorfahrt für den Mittelstand“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) sowie dem Zentralen Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM) einen besonderen Schwerpunkt auf die Innovationsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen gelegt. Nun gilt es, die zuletzt positive Entwicklung zu verstetigen und zu verstärken.

Wir werden die erfolgreichen Maßnahmen weiter fortführen und dabei insbesondere auch die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) stärken. Schließlich ist die IGF ein wichtiges Instrument der vorwettbewerblichen gemeinschaftlichen Forschung, die ganzen Branchen die notwendige innovative Entwicklung ermöglicht. In den Forschungsvereinigungen wird wertvolles Orientierungswissen erarbeitet und es werden technologische Plattformen für ganze Branchen oder zur branchenübergreifenden Nutzung entwickelt. Sie können sich der Unterstützung von CDU und CSU weiter sicher sein.

SPD



Wir wollen die Mittel für die industrielle Gemeinschaftsforschung auf 200 Millionen Euro erhöhen.

Bündnis 90/Die Grünen



Wir halten die IGF für ein sinnvolles Instrument, das wir erhalten wollen. Neben diesem erprobten Instrument wollen wir endlich auch ein anderes Instrument einsetzen, um Ideen freizusetzen: den Forschungsbonus für kleine und mittlere Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen gestalten den ökologischen und sozialen Wandel mit. Forschung und Entwicklung sind dabei ihre wichtigsten Ressourcen. Wir wollen neue Ideen einfach und unbürokratisch fördern – mit unserem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben für kleine und mittlere Unternehmen. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen, bekommen diesen Bonus ausgezahlt. Das hilft besonders den Gründerinnen und Gründern sowie innovativen Start-ups.

DIE LINKE

DIE LINKE.

DIE LINKE unterstützt die IGF auf dem gegenwärtigen Niveau der finanziellen Förderung.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen die IGF auf hohem Niveau fortführen und verstetigen.

E - Umsetzung von Forschung in die Praxis

Durch Förderprogramme wie die IGF werden neue Technologien branchenübergreifend aufbereitet. Den kleinen und mittleren Unternehmen wird ein fairer Zugang zum Fortschritt nur durch einen unterstützten Transfer in die Praxis erleichtert.

E1. Wo sehen Sie noch weitere Möglichkeiten, der mittelständischen Industrie zu helfen die Forschung in die Praxis umzusetzen? Gibt es Ansatzpunkte zur besseren finanziellen Unterstützung der mittelständischen Stahlbau-Industrie bei der Umsetzung von innovativen Bauvorhaben?

CDU/CSU haben ihre Antwort zu den Fragen E1-2 in einem Text abgegeben



CDU und CSU stehen für den verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung. Umweltschutz ist uns ein wichtiger politischer Auftrag. Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht. Im Gegenteil: Wir brauchen umwelt- und klimaverträgliches Wachstum. Nachhaltiges

Wachstum setzt die Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erfolgreich fort. Die Basis dieses qualitativen nachhaltigen Wachstums sind Innovationen, Kreativität und Ideenreichtum. Dementsprechend setzen wir Forschung, Entwicklung und Innovationen für den Umweltschutz und die Bewältigung der Herausforderungen ein. Unser Ziel ist es, neue Arbeitsplätze im Bereich fortschrittlicher Umwelttechnologien in Deutschland anzusiedeln. Das haben wir im Regierungsprogramm 2017 bis 2021 ausdrücklich festgehalten. Wir unterstützen und fördern Produkt- und Verfahrensinnovationen in der Umwelttechnik, auch im Bauwesen. Gerade in der umweltfreundlichen Gestaltung von Gebäuden liegt ein großes Potential für Klimaschutz und Ressourceneffizienz. Dazu können innovative Pilotprojekte im Wohnungsbau mit Stahl beitragen. Es gibt z. B. viele Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung FONA“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowohl im Bereich der Materialforschung als auch im Bereich des umweltfreundlichen Bauens für eine energieeffiziente Stadtentwicklung.

Zudem wollen wir die Entwicklung und den Transfer von Technologie im Mittelstand insgesamt weiter stärken. Dazu werden wir zusätzlich zur Projektförderung und den bewährten Instrumenten, wie der IGF, eine steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 2 Milliarden Euro ermöglichen. Um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen wirksam zu unterstützen, werden wir ein Wahlrecht zwischen bestehender Projektförderung und steuerlicher Forschungsförderung einführen.

SPD



Die SPD bekennt sich zum Industriestandort Deutschland. Wir wollen die breite industrielle Basis erhalten und ausbauen. Wir sind uns bewusst, dass Deutschlands wirtschaftliche Stärke auf der vielfältigen Wirtschaftsstruktur mit einer breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen basiert. Ebenso unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft ist der Mittelstand.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD eine Reihe von Maßnahmen in ihr Wahlprogramm aufgenommen, um Industrie, Mittelstand und Innovationen zu fördern.

So werden wir mit dem Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ unsere mittelständischen Unternehmen einschließlich des Handels und des Handwerks bei der Digitalisierung und Fachkräftesicherung unterstützen und gleichzeitig von bürokratischen Hemmnissen entlasten. Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.

Konkret sollen mittelständische Unternehmen für digitale Ausstattung einen Zuschuss erhalten, wenn sie ein schlüssiges Digitalisierungskonzept vorlegt und sich in den digitalen Kompetenzzentren haben beraten lassen. Damit schließen wir die Lücke bei der digitalen Transformation der Wirtschaft. Auch weiterhin werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden daran arbeiten, dass

Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland wird. Für die Digitalisierung des industriellen Mittelstands unerlässlich sind außerdem schnelle Internetverbindungen. Im Jahr 2025 wollen wir eine der modernsten digitalen Infrastrukturen flächendeckend haben, um die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden.

Zur Fachkräftesicherung werden wir die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen. Den Meistertitel wollen wir erhalten.

Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „Forschungsbonus“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Gerade mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu können. Darüber hinaus werden wir auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme weiter ausbauen. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern. Außerdem wollen wir einen Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze einführen. In diesem Zuge werden wir auch die Mittel für die Programme ZIM und Industrielle Gemeinschaftsforschung aufstocken.

Schließlich werden wir gezielt zukunftsweisende Technologien fördern, die große Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, beispielsweise in der Gesundheitswirtschaft, der Bio- und Nanotechnologie, den Umwelt- und Klimaschutztechnologien in der Materialforschung oder Robotik.

Bündnis 90/Die Grünen



Neue Ideen wollen wir unbürokratisch mit einem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent fördern, der neben allen Forschungsausgaben, auch die Entwicklungsausgaben fördert, die in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen. Firmen, die noch keinen Gewinn erzielen, bekommen den Bonus ausgezahlt.

DIE LINKE



DIE LINKE will Ausgründungen aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen stärker unterstützen. Dabei sind neben technischen auch soziale Innovationen und innovative Dienstleistungen stärker zu fördern. Gründungen können auch von einem offeneren Umgang mit Nutzungsrechten an Forschungsergebnissen profitieren. Wir wollen deshalb Open Access und eine Publikation unter freien Lizenzen stärken.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Forschung und Innovationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Bestehende Förderinstrumente, wie die Projektförderung mit direkten Mitteln, reichen hier nicht aus. Sie sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wegen der vielen Auflagen und übermäßigen Bürokratie zu unattraktiv. Die steuerliche Forschungsförderung ist dagegen unbürokratisch, da Projektanträge und Genehmigungsverfahren entfallen. Zudem können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhängig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsideen. Viele andere OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung empfiehlt seit Jahren, die steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Das wollen wir tun, damit deutsche Unternehmen nicht länger einen Standortnachteil haben. Wir wollen, dass die Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird. Diese Liquiditätsspritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder Krisensituationen.

Wir Freie Demokraten fordern den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnissen, die wesentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Deutschland hat starke Köpfe in der Forschung. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

E2. Wenn wir unseren ökologischen Fußabdruck so klein wie möglich halten wollen und uns das Ziel setzen die Belastungen und Müllhalden für die nachfolgenden Generationen nicht noch weiter aufzustocken, sollten flexible, innovative und auf Nachhaltigkeit aus-gelegte Bauweisen speziell gefördert werden. Bauherren, die neue Wege beschreiten wollen und damit für die Gesellschaft neue Wege ebnen, müssen bei diesem Vorhaben unterstützt werden. Viele Länder sind uns bei Pilotprojekten im Wohnungsbau mit Stahl weit voraus. Unterstützen Sie innovative Pilotprojekte im Wohnungsbau mit Stahl durch den Bund?

SPD



Unser Ziel ist es, bezahlbares Wohnen und Bauen sicherzustellen und dabei den Belangen des Umwelt- und Klimaschutzes gerecht zu werden. Bauwerke enthalten wertvolle Rohstoffe wie z.B. Stahl, deren Nachnutzung einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ressourceneffizienz im Bauwesen und der Schonung von Primärrohstoffen leistet. Stahl hat aufgrund seiner Eigenschaften wie der hohen Flexibilität wachsende Bedeutung für das nachhaltige Bauen und bringt Vorteile bei Umnutzungen. Am Ende des Lebenszyklus eines Gebäudes ist die Wiederverwendung bzw. 100%iges Materialrecycling gesichert. Wir wollen den Einsatz nachhaltiger Baustoffe und Verfahren stärken, um so auch die Entsorgungs- und Folgekosten zu senken. Bereits jetzt unterstützt die Bundesregierung die Stahlarchitektur

(Sonderpreis des BMUB) und wird künftig die Forschung für ressourceneffiziente, integrierte Lösungen für Planung, Konstruktion, Bauausführung und Sanierung fördern (Deutsches Ressourceneffizienzprogramm II).

Bündnis 90/Die Grünen



Wir müssen den ökologischen Fußabdruck im Baubereich massiv reduzieren, auch um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Wir setzen daher auf eine Ausweitung des Bauens mit nachwachsenden und ökologischen Rohstoffen. Dafür wollen wir u.a. ein KfW-Programm „Natur Plus“ auflegen.

DIE LINKE



DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass nachhaltige Baustoffe einen erheblich größeren Stellenwert im Bausektor einnehmen. Deren Einsatz sollte im Neubau und bei der Sanierung stärker gefördert werden. Die Unterstützung innovativer Modellprojekte gehört ebenso dazu wie die Anpassung bestehender Förderprogramme, die Erleichterung ökologischer Bauweisen durch Reformen der Musterbauordnung und der Landesbauordnungen sowie die Auflage von Förder- und Forschungsprojekten des Bundes, um die Nutzung ökologischer Baustoffe in der Aus- und Weiterbildung von Bauberufen und im Architektur- und Bauingenieur-Studium zu stärken.

FDP



Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot in deutschen Großstädten bekämpfen. Mangel kann man aber nicht verwalten. Es muss schlicht mehr Wohnraum her. Dazu wollen wir den Neubau von Wohnungen attraktiver machen und zum Beispiel die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erhöhen. Dies setzt Anreize zum Bauen, weil Investitionen schneller steuerlich geltend gemacht werden können.

Außerdem fordern wir eine Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung. Vor allem in deutschen Ballungsräumen fehlen tausende Wohnungen, der Bedarf wächst von Jahr zu Jahr. Um diesen Engpass zu bekämpfen, stellt der Bund jährlich rund 500 Millionen Euro zur Verfügung. Anstatt damit die dringend benötigten Wohnungen zu bauen, versinken diese Gelder aber zum Teil in den Kassen der Länder und Städte. Wir fordern daher eine Zweckbindung der Bundesmittel: Geld, das zur Errichtung von Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird, muss auch dafür eingesetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir Innovationen im Wohnungsbau über eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung antreiben. Zu konkreten Pilotprojekten im Bereich Wohnungsbau mit Stahl könne wir uns derzeit nicht äußern.

F - Fachkräftemangel

In Deutschland werden Bauingenieure in vielen verschiedenen Fachbereichen dringend gesucht. Auch im Stahlbau gibt es eine große Nachfrage nach fähigen Ingenieuren. Wir sind für die Förderung des Technikinteresses und sehen die Ingenieurwissenschaften als wichtige Basis für den Erhalt und Ausbau unserer baulichen Infrastruktur im Land. Aktuell stellen wir eine große Nachfrage an Ingenieuren für den Bereich Brückenbau fest, die nicht bedient wird.

F1. Wo sehen Sie auf staatlicher Ebene Verbesserungsbedarf bei der Förderung der Beliebtheit des Berufswunsches „Bauingenieur“ in den heranwachsenden Generationen?

CDU/CSU



CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für die Stärkung der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sowie für den MINT-Fachkräftenachwuchs ein. Wir wollen die MINT-Bildung von früher Kindheit an kontinuierlich und nachhaltig im Lebenslauf adressieren. Dazu unterstützen wir den Aufbau eines bundesweiten MINT-E-Portals in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und den maßgeblichen Akteuren im MINT-Bereich, um die vorhandenen Angebote überschaubar und leicht zugänglich zu machen. Institutionelle und außerinstitutionelle Angebote sollen besser als bisher miteinander vernetzt werden. Parallel dazu fördern wir die Entwicklung von Qualitätskriterien.

Wir unterstützen weiterhin die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ im Kita- und Grundschulbereich. Wir fördern Wettbewerbe in den MINT-Fächern und stärken Ehrenamtliche, die außerschulische MINT-Aktivitäten unterstützen. Wir setzen uns für den deutschlandweiten Ausbau von Schülerlaboren, Schülerforschungszentren und Lehr-Lern-Laboren als Lernorte für Schüler wie Lehrkräfte ein.

Lehrerinnen und Lehrer sind Multiplikatoren ihrer Fächer. Daher bauen wir die Qualitätsoffensive Lehrerbildung besonders in diesem Bereich weiter aus, ebenso wie berufsbegleitende Fortbildungsmaßnahmen. Wir wollen das Image der MINT-Berufe stärken. Dabei gilt es, besonders Frauen anzusprechen und auf die Chancen im MINT-Bereich aufmerksam zu machen. Wir setzen uns für eine ausreichende Zahl an Studienplätzen im MINT-Bereich ein und fördern Maßnahmen, um Interessierte in diesem Bereich zu halten. MINT-Regionen als Zusammenschlüsse aller regional relevanten Player im MINT-Bereich haben sich bewährt und sollen gestärkt werden.

Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass für die Hochschulen die Bundesländer zuständig und verantwortlich sind. Zugleich entlastet der Bund sie in ihren Aufgaben mehr als jemals zuvor. Ohne das Engagement des Bundes gäbe es beispielsweise nicht die heutige Rekordzahl von rund 2,8 Millionen Studierenden. Der Bund stellt dafür im Hochschulpakt 2020 (2014-2023) über 20 Milliarden Euro bereit und schafft, gemeinsam mit den Ländern, bis zu 760.000 zusätzliche Studienplätze. Alleine 2017 fließen vom Bund dafür 2,5 Milliarden Euro an die Länder. Das ist ein nie dagewesener Ausbau der Hochschulen und ihrer Fachbereiche in Deutschland.

SPD



Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems. Eine herausragende Rolle spielt dabei das Handwerk, das für rund ein Viertel aller Ausbildungsplätze steht. Die duale Ausbildung sorgt dafür, dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir für die Sicherung unseres Wohlstandes brauchen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, sie zu modernisieren und noch attraktiver zu machen.

Studierende an deutschen Hochschulen sollen exzellente Studienbedingungen haben. Universitäten und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität neues Wissen schafft. Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für gute Hochschulen. So können sie Verantwortung übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten. Wir wollen die MINTbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) entlang der gesamten Bildungskette stärken und insbesondere Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Feldern gewinnen.

Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im Mittelpunkt, die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation

fördern und die Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten. Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.

Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Nötig ist auch ein regionales Fachkräftemonitoring, sowie Innovations- und Beratungszentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0.

Mit erhöhten Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung müssen wir kontinuierlich auf neue Qualifikationsanforderungen und veränderte Fachkräftebedarfe reagieren und damit Arbeitslosigkeit ebenso wie Fachkräftemangel vorbeugen. Dafür werden wir ein Recht auf Weiterbildung festschreiben, die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln und neue Anreize für Weiterbildung schaffen, beispielweise durch ein Arbeitslosengeld Q während der Qualifizierung sowie durch ein persönliches Erwerbstätigenkonto, das Auszeiten zur Weiterbildung ermöglicht und jeder und jedem ein persönliches Startguthaben bietet.

Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.

Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern.

Bündnis 90/Die Grünen



Die Förderung der Beliebtheit eines Berufs liegt nur in sehr geringem Maß bei staatlichen Ebenen. Sicherlich kann eine gute und umfassende Berufsorientierung in den Klassen 7 und 8 z.B. das Interesse von Mädchen für den Ingenieurberuf stärken. Unserer Auffassung nach muss der Schwerpunkt allerdings im Hochschulbereich liegen. Bund und Länder müssen mit einem besser ausgestatteten und verstetigten Hochschulpakt für bessere Studienbedingungen sorgen. Noch immer liegen die Abbruchquoten bei den Ingenieurstudiengängen mit 38% an Universitäten und 45% an Fachhochschulen viel zu hoch. Hier gilt es mit Studieneinstiegsmodulen, besseren Betreuungsverhältnissen und kleineren Lerngruppen vor allem für weibliche, migrantische und beruflich qualifizierte Studierende anzusetzen. Nur so können viel

mehr von denen, die sich für das Studium interessieren, zu einem erfolgreichen Abschluss gelangen.

DIE LINKE

DIE LINKE.

Bildung ist für DIE LINKE ein Menschenrecht, eine wichtige Ressource für unseren Wohlstand und Bedingung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Bund und Länder verwehren bis heute vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance auf gute Bildung. DIE LINKE steht deshalb für einen klaren bildungspolitischen Richtungswechsel, der mehr Mittel, engagiertes, hoch motiviertes und sozial abgesichertes Personal und moderne Institutionen braucht. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang den offenen Studienzugang auf der Grundlage eines bundesweiten Hochschulzulassungsgesetzes, die Abschaffung der individuellen Auswahlverfahren, die Verankerung des Master als Regelstudienabschluss und den Ausschluss der Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master und somit die Überwindung der lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems. Der sozialen Auslese begegnen wir mit der Abschaffung der Studiengebühren und der Einführung eines elternunabhängigen und Bedarf deckenden BaföG. Nur so lässt sich auch auf Dauer die Attraktivität und das hohe Niveau der Ingenieurausbildung in hinreichendem Umfang sichern.

FDP



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kinder schon in jungen Jahren für technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch verstärken wird. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr gute fachliche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig, um die Stärkung der MINT-Kompetenz bzw. des MINT-Unterrichts bereits in der Schule gezielt zu fördern. Im Rahmen der Hochschulpolitik bedarf es einer bedarfsgerechten Ausstattung (ggf. auch über Studiengebühren), insbesondere im Sinne einer unmittelbaren Besetzung vakanter Lehrstühle. Ein weiteres Ziel von uns Freien Demokraten ist die Senkung der Abbruchquoten an den Hochschulen (Bauingenieurwesen ist immer noch Spitzenreiter) durch bessere Betreuung bzw. Beratung (CareerCenter) und Zusammenarbeit mit Unternehmen in der Region. Hier bedarf es der Hervorhebung der Bedeutung des Ingenieurwesens für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und aufgrund der derzeitigen Herausforderungen (Wohnungsbau, Infrastruktur) insbesondere des Bauingenieurwesens.